



## Stadtkanzlei

Rathaus, Marktgasse 58, CH-9500 Wil 2  
E-Mail [stadtkanzlei@stadtwil.ch](mailto:stadtkanzlei@stadtwil.ch)  
Telefon 071 913 53 53  
Telefax 071 913 53 54

## Zusammenfassung der Parlamentssitzung von heute Donnerstag, 2. Dezember 2010

### Traktandum 3. Voranschlag und Steuerfuss für das Jahr 2011

#### Zusammenfassung des Traktandums

Der Voranschlag 2011 der Stadt Wil rechnet bei einem Gesamtaufwand von rund 98'061'900 Franken und einem Gesamtertrag von 98'116'500 Franken mit einem Einnahmenüberschuss von 54'600 Franken. Aufgrund der erfreulichen Entwicklung der Steuererträge 2010 sowie den ebenfalls positiven Steuer-Prognosen für das Jahr 2011 beantragt der Stadtrat dem Stadtparlament einen unveränderten Grundsteuersatz von 0,6 Promille und einen gleichbleibenden Steuerfuss von 124 Prozent – abweichend vom Finanzplan 2010-2014, der von einem Steuerfuss von 128 Prozent ausgegangen war.

Mit wenigen Änderungen hat das Stadtparlament den Voranschlag 2011 genehmigt und den Steuerfuss für das Jahr 2011 wie beantragt auf 124 Prozent festgesetzt.

#### Zusammenfassung der Debatten

##### Allgemeine Diskussion

Klaus Rüdiger, SVP, Präsident der Geschäftsprüfungskommission GPK, zeigte sich zufrieden mit dem Voranschlag: Aufwandseitig habe der Stadtrat die Budgetrichtlinien eingehalten und auch die Sachaufwand-Reduktion, die im vergangenen Jahr vorgenommen worden sei, für 2011 nachhaltig fortgeschrieben. Der ausgewogene Voranschlag profitiere insbesondere von drei besonderen Umständen: Erstens von den tiefen Zinsen, zweitens von der Erholung der Wirtschaftslage und drittens von den in den vergangenen Jahren vorgenommenen ausserordentlichen Abschreibungen, welche nun den städtischen Haushalt entlasten. Ein Schwerpunkt in der Vorberatung des Voranschlages 2011 sei neben den sorgfältig geprüften Stellenbegehren aller Departemente sodann die Pensionskasse der Stadt Wil gewesen. Die Pensionskasse sei auf dem Weg der Gesundung. Die GPK rege zuhänden des Stadtrats zudem an, der Frage, ob die Pensionskasse der Stadt Wil weiterhin selbständig bleiben solle, in naher Zukunft nachzugehen. Bezüglich des Steuerfusses habe man in der GPK – entgegen des Vorjahres – einen Konsens gefunden: Man unterstütze den von Stadtrat beantragten Steuerfuss von 124 Prozent.

Das Budget 2011 zeichne sich durch Qualität, das heisst durch effizienten Einsatz der Mittel aus, hielt Stadtpräsident Bruno Gähwiler fest. Zum Steuerertrag 2010 merkte er an, er liege bei den natürlichen und bei den juristischen Personen über den Erwartungen. Aufgrund dieser Situation sei die eigentlich im Finanzplan vorgesehene Steuerfusserhöhung auf 128 Prozent vom Stadtrat neu beurteilt worden, so dass man nun einen gleichbeliebenden Steuerfuss von 124 Prozent beantrage.

Die CVP habe das Budget 2011 ebenfalls mit Genugtuung zur Kenntnis genommen, so Susanne Hartmann. Das tiefe Zinsniveau und die unerwartet hohen Steuererträge hätten zum guten Ergebnis im Voranschlag 2011 beigetragen. Mit Blick auf die künftig ungewisse Wirtschaftsentwicklung sei insbesondere die Aufwandseite auch weiterhin aufmerksam im Auge zu behalten. Schliesslich bezog sie sich noch auf die bislang übliche Praxis, neue Stellen jeweils mit dem Budget zu genehmigen. Für die CVP stelle sich die Frage, ob künftig für neue strategisch und operativ wichtige Stellen nicht besser eine separate Vorlage zuhänden des Parlaments zu erstellen wäre.



Seite 2

Die FDP-Fraktion sei mit wenigen Ausnahmen mit dem stadträtlichen Bericht und Antrag zum Voranschlag 2011 einverstanden, führte Norbert Hodel aus. Der vom Stadtrat unterbreitete Voranschlag sehe einen kleinen Ertragsüberschuss vorsieht. Zwar falle dieser nicht berauschend aus, dennoch sei dies eine deutliche Verbesserung gegenüber dem Voranschlag 2010, in dem noch ein Defizit präsentiert worden war. Der Ertragsüberschuss bedeute nun aber nicht, dass sich die Stadt Wil alles leisten könne und leisten solle: Die FDP behalte die Ausgaben-seite im Auge, zumal sich ihrer Meinung nach im Voranschlag 2011 insbesondere bezüglich gewisser Stellenbegehren und Investitionsvorhaben noch viel Luft zum Sparen finde.

Luc Kauf zeigt sich namens der GRÜNEN prowil erfreut darüber, dass die Kostensteigerung zum zweitenmal hintereinander gebremst werden konnte. Hingegen stosse der Fraktion etwas sauer auf, dass die Besserstellung bei den Steuererträgen gemäss Stadtrat nicht vorhersehbar gewesen sei. Die im Voranschlag 2011 enthaltenen Stellenbegehren seien gerechtfertigt, auch wenn man die GRÜNEN prowil der GPK einig gehen würden und zu massvollem Wachstum mahnten: Irgendwann sei das Mass der Lohnsumme ausgeschöpft. Daher unterstütze die Fraktion die stadträtliche Zurückhaltung bezüglich einer Real-Lohnerhöhung man mehrheitlich. Beim Sachaufwand sehe man noch ein gewisses weiteres Optimierungspotenzial, während bezüglich der Investitionen noch nicht von einem «Bergholz-Syndrom» zu reden sei: Es werde nicht alles andere dem Sportpark untergeordnet, die geplanten Investitionen hielten sich im Rahmen der Vorjahre. Bei der TBW begrüsse man die Wandlung vom Monopolanbieter zum Wettbewerber, wünsche sich aber noch eine ökologischere Ausrichtung.

Auch die SVP habe im Voranschlag 2011 noch gewisse Luft erkannt, so Harald Girschweiler. Grundsätzlich sei die Fraktion aber mit Voranschlag 2011 zufrieden. Bezüglich Stellenpolitik liege man auf der Linie der GPK: Die SVP mahne eher zur Vorsicht, was Aufstockungen anbelange.

### Investitionsrechnung und Laufende Rechnung Technische Betriebe Wil:

**Allgemeine Bemerkungen:** Klaus Rüdiger, Präsident der GPK, gab einleitend einen Überblick über diejenigen Themen, welche die GPK in der Vorberatung besonders geprüft habe, so etwa die Massnahmen der TBW zur Positionierung im zunehmenden Wettbewerb oder die notwendigen Investitionen, um die Infrastruktur auf einem aktuellen Stand zu halten.

Die SP habe die gesunde Weiterentwicklung der TBW erfreut zur Kenntnis genommen, auch die vorgesehenen Abgaben an die Stadt seien erfreulich, auch wenn sie um 200'000 Franken tiefer budgetiert seien als noch im Vorjahr. Der Bereich Contracting erbringe derzeit erst eine knappe Kostendeckung – man werde die Weiterentwicklung interessiert weiter verfolgen. Die degressive Abschreibung für das neue Bürogebäude hinterfrage man kritisch, zumal das Parlament eine lineare Abschreibung beschlossen habe. Die SP unterstütze die Energietage als Bestandteil des Marketingbudgets, die noch offenen Fragen zur Fachstelle Energieberatung seien zu klären.

**Antrag GPK:** Es sei der Abteilung «Administration und Dienste» der Technischen Betriebe Wil per 2011 eine Aufstockung des Stellenplans um 80 Prozent statt 100 Prozent «Fachperson Energiemarkt» zu bewilligen und die betroffenen Konti seien entsprechend zu kürzen.

Stadtrat Andreas Widmer, Vorsteher Departement Versorgung und Sicherheit, begrüsst, dass die Stelle nur bezüglich des Pensums, nicht aber im Grundsatz bestritten sei. Angesichts der Tatsache, dass im vergangenen Jahr bei den TBW rund 4000 Stunden an Überzeit und nicht bezogenen Ferienguthaben angefallen seien – auch in der Administration, wo die neue Stelle angesiedelt sei – sei ein Pensum von 100 Prozent gerechtfertigt. Zudem sei es schwierig, eine Fachperson jetzt vorerst nur für ein Teilpensum zu finden und die Stelle dann – je nach Bedarf – vielleicht im kommenden Jahr auf 100 Prozent aufzustocken. Dies erschwere allenfalls die konkrete Einstellung, auch wenn es durchaus qualifizierte Bewerbungen für Teilzeitstellen gebe. Er votiere dafür, den GPK-Antrag abzulehnen. Norbert Hodel, FDP, verwies auf den geringen Unterschied von nur 16'000 Franken, den die Differenz zwischen 80 und 100 Prozent ausmache. Zudem stehe die TBW auf dem Arbeitsmarkt in einer



Seite 3

Konkurrenzsituation bezüglich geeigneter Fachpersonen – er mache daher beliebt, den GPK-Antrag abzulehnen. Christoph Hürsch, CVP, unterstützte dieses Votum von Norbert Hodel: Es sei nicht sicher, für ein 80-Prozent-Pensum genau diejenige qualifizierte Person zu finden, die es für diese Stelle brauche. Marianne Mettler, SP, liess diese Aussage nicht gelten: Es gebe heute sehr qualifizierte Bewerbungen – von Männern wie auch von Frauen – auch für Teilzeitstellen. Susanne Hartmann, CVP, unterstützte dieses Votum: Der nachgefragte Anteil an qualifizierten Teilzeitstellen steige. Zudem sei es durchaus möglich, jetzt 80 Prozent zu bewilligen und bei ausgewiesenem Bedarf in den kommenden Jahren auf 100 Prozent zu erhöhen.

*Das Parlament lehnte diesen Antrag mit Stichentscheid des Parlamentspräsidenten ab.*

**Antrag GRÜNE prowil – CO<sub>2</sub>-Kompensationszertifikate, Konten 5000.3120 und 5000.3132:** Der budgetierte Aufwand von Fr. 30'000 für CO<sub>2</sub>-Kompensationen darf nicht für Kompensationszertifikate ausgegeben werden. Der budgetierte Aufwand für CO<sub>2</sub>-Kompensationen über Fr. 30'000 ist zwingend für CO<sub>2</sub>-Reduktionsprojekte innerhalb des Versorgungsgebiets der TBW auszugeben. Konkret sollen die TBW mit der budgetierten Summe Projekte finanziell (und wenn möglich fachlich) unterstützen, die zur Verminderung des CO<sub>2</sub>-Ausstosses führen werden. U.a. könnten Wärmeverbünde, der Ersatz von ineffizienten Heizungssystemen, Geräten, Anlagen und Maschinen oder ähnliche Projekte angeschoben werden. Die Projekte sollen bewirken, dass die von der TBW angestrebten 200 Tonnen CO<sub>2</sub> im Versorgungsgebiet reduziert werden.

Guido Wick stellte namens der GRÜNEN prowil obigen Antrag und forderte, die vorgesehenen 30'000 Franken statt für blosse «Ablassbriefe» besser für konkrete Projekte einzusetzen. Das unterstütze die Bestrebungen der TBW viel direkter, sich strategisch als CO<sub>2</sub>-neutrales und umweltfreundliches Unternehmen zu präsentieren. Stadtrat Andreas Widmer wies darauf hin, dass die 30'000 Franken nicht nur für CO<sub>2</sub>-Zertifikate vorgesehen seien, sondern solche Zertifikate nur eine unter verschiedenen Möglichkeiten seien. Er spreche sich daher gegen den Antrag aus. Reto Gehrig, CVP, begrüßte den Antrag der GRÜNEN prowil als «sehr sinnvoll»: Solche Projekte können in der Region qualifizierte Aufträge fürs Gewerbe und damit auch Arbeitsplätze schaffen.

*Das Stadtparlament folgte diesem Antrag grossmehrheitlich.*

### Laufende Rechnung Stadt Wil:

**Allgemeine Bemerkungen:** Klaus Rüdiger, Präsident der Geschäftsprüfungskommission GPK, erklärte einleitend, dass man in der Vorberatung departementsweise vorgegangen sei. Im Departement Finanzen, Kultur und Verwaltung (FKV) seien insbesondere die steigenden Kulturausgaben, das hohe Informatikbudget sowie ein allfälliger Ausstieg aus dem Schweizerischen Städteverband diskutiert worden. Im Departement Bildung und Sport (BS) habe man sich insbesondere mit den Stellenbegehren (Leiterin oder Leitung Pädagogik und Schulleitungs-Pensen) befasst. Im Departement Soziales, Jugend und Alter (SJA) seien insbesondere die Beiträge an die Pflegefinanzierung, der Anstieg der ambulanten Krankenpflege und die Stellenerhöhung SozialarbeiterIn wirtschaftliche Hilfe erörtert worden. Im Departement Bau, Umwelt und Verkehr BUV wurden insbesondere die Zukunft des Zeughausareals, das Personalhaus Spital und die Einkünfte und Unterhaltungssituation des Stadtsaals diskutiert. Im Departement Versorgung und Sicherheit habe es keine besonderen Schwerpunkte der GPK-Diskussion gegeben.

**Antrag SP – Lohn der städtischen Angestellten:** Dem städtischen Personal sei für 2011 eine real-Lohnerhöhung von 0,5 Prozent zu gewähren. Die betroffenen Konti sind entsprechend zu erhöhen.

Die SP begrüße, dass eine Arbeitsplatzbewertung der städtischen Stellen vorgenommen worden sei, so Dario Sulzer. Diese neue Bewertung bringe eine Erhöhung der Lohnsumme von 0,9 Prozent, zusammen mit dem Anteil für Beförderungen ergebe sich für 2011 eine Erhöhung der Lohnsumme um 1,2 Prozent. Auf den ersten Blick scheine dies positiv, allerdings könnten nicht alle Angestellten gleichermassen profitieren: Für einige ergebe sich im kommenden Jahr «eine Nullrunde». Die SP beantrage daher eine Realloohnerhöhung von 0,5 Prozent für alle Mitarbeitenden. Stadtpräsident Bruno Gähwiler verwies auf den automatischen Teuerungsausgleich, der



Seite 4

im Unterschied zu anderen Städten oder auch zur Privatwirtschaft im Personalreglement der Stadt Wil noch enthalten sei. Zudem hielt er fest, dass das neue Arbeitsplatzbewertungsschema ab dem kommenden Jahr wieder einen automatischen Stufenanstieg vorsehe. Dieser sei nur infolge der Überführung aller Stellen ins neue Schema einmalig ausgesetzt worden. Er spreche sich daher gegen den Antrag der SP aus.

*Das Stadtparlament lehnte diesen Antrag grossmehrheitlich ab.*

**Antrag GPK:** Die Stellenerhöhung um 20 Prozent «Sozialarbeiter/-in wirtschaftliche Hilfe» sei befristet für das Jahr 2011 zu bewilligen. **Antrag Norbert Hodel, FDP:** Die Stellenerhöhung um 20 Prozent «Sozialarbeiter/-in wirtschaftliche Hilfe» sei nicht zu bewilligen.

Stadträtin Barbara Gysi, Vorsteherin Departement Soziales, Jugend und Alter, hielt fest, dass angesichts der gestiegenen Fallzahlen im vergangenen Jahr ein dringender Bedarf an dieser Stellenaufstockung bestehe. Es zeichne sich ab, dass die Fallzahlen auch in Zukunft nicht so bald sinken werden, sodass der Bedarf an einer fixen und nicht nur an einer befristeten Aufstockung ausgewiesen sei.

*In der Gegenüberstellung obsiegte der Antrag der GPK über den Antrag von Norbert Hodel. Das Parlament stimmte schliesslich dem Antrag der GPK grossmehrheitlich zu.*

**Antrag GRÜNE prowil – Konto 1218.3010:** Die Löhne Schulverwaltung sind um Fr. 89'000.– zu reduzieren. Für die Einführung einer neuen Stelle «LeiterIn Pädagogik» soll der Stadtrat dem Parlament Bericht und Antrag stellen.

Esther Spinas, GRÜNE prowil, begrüsst grundsätzlich die Aufstockung, da der Bedarf ausgewiesen sei. Allerdings stelle daher den Antrag, die Position «Löhne Schulverwaltung» um 89'000 Franken zu reduzieren und die Stelle dem Stadtparlament mit einem separaten Bericht und Antrag des Stadtrates zu unterbreiten, weil Aufgaben und Stellenbeschrieb dieser neuen Funktion nicht gänzlich klar seien. Stadträtin Marlis Angehrn zeigte sich erfreut, dass die Notwendigkeit und Dringlichkeit nicht bestritten sei. Die beantragte Stelle sei in pädagogischer Hinsicht eine Schlüsselstelle. Bezüglich des Antrages hielt sie fest, dass es in der Stadt Wil Usus sei, solche Stellenbegehren im Rahmen der Budgetdebatte zu diskutieren, lediglich bei der Stadtplaner-Stelle sei eine Ausnahme gemacht worden. Michael Sarbach, GRÜNE prowil, bezog sich auf das mögliche künftige Organigramm des Departements, das eine direkte Unterstellung der neuen Stelle unter die Stadträtin als Departementvorsteherin vorsehe. Mit der Behördenreform sei aber beschlossen worden, die Stadträte zu Gunsten strategischer Aufgaben von operativen Aufgaben zu entlasten und daher alle Verwaltungsmitarbeitenden den Departementssekretärinnen und -sekretären zu unterstellen. Susanne Hartmann, CVP, sprach sich gegen den Antrag der GRÜNEN prowil aus: Mit dem ausführlichen Stellenbeschrieb, der der GPK vorgelegt worden sei, sei die neue Stelle klar gefasst, ihre Aufgaben seien klar genug formuliert, so dass ein separater Bericht und Antrag nicht notwendig sei. Marc Zahner, SP, unterstrich diese Argumentation von Susanne Hartmann. Guido Wick, GRÜNE prowil, hielt fest, dass es inhaltlich keinesfalls darum gehe, die Stelle zu torpedieren. Dennoch sprach er sich für einen separaten Bericht und Antrag aus, weil Bedarf dafür bestehe und der Aufwand für die Vorbereitung dieser Vorlage wohl eher gering sei. Marlis Angehrn bestätigte, dass der Aufwand für eine separate Vorlage nicht gross sei, die ganze parlamentarische Beratung dieser Vorlage wohl aber zu einer zeitlichen Verzögerung führe, die mit Blick auf die Anstellung der neuen Person und das neue Schuljahr problematisch sein könne. In der Folge zogen die GRÜNEN prowil ihren Antrag zurück, kritisierte aber, dass einmal mehr eine Vorlage unter dem Motto «Vogel friss – oder stirb» vorgelegt worden sei.

*Infolge Rückzuges des Antrages erfolgte keine Abstimmung.*

**Antrag Sebastian Koller, GRÜNE prowil – Konto 1214.3174 Veranstaltungen (Konzerte, Vortragsübungen):** Die Musikschule soll dem Jugendorchester Wil für die Organisation des Galaabends zum 30-jährigen Jubiläum einen Beitrag von Fr. 4'000 statt Fr. 2'000 zur Verfügung stellen. Zu diesem Zweck seien im Konto 1214.3174 der Musikschule Fr. 6'000 statt 4'000 zu budgetieren.



Seite 5

Sebastian Koller, GRÜNE prowil, beantragte die Erhöhung der Budgetposition für Veranstaltungen der Musikschule von 4000 Franken um weitere 2000 Franken, welche dem 30-Jahr-Jubiläum des Jugendorchesters zu Gute kommen sollen. Stadträtin Marlis Angehrn verwies darauf, dass von der Musikschule zuhanden des Budgets ursprünglich 1500 Franken beantragt worden seien mit der Aussage, dass dies ausreichend sei und für die übrigen Kosten Sponsoren gefunden worden seien. Daher spreche sie sich dafür aus, den Antrag abzulehnen.

*Das Stadtparlament lehnte diesen Antrag grossmehrheitlich ab.*

**Antrag Mario Breu, FDP – Konto 145.3650:** Das Konto 145.3650 «Beitrag an öffentliche SPITEX-Dienste» sei um Fr. 444'000.– zu kürzen und dem Parlament sei eine separate Vorlage für die jährlich wiederkehrenden Kosten in der Höhe von Fr. 444'000.– vorzulegen.

Mario Breu, FDP, hielt fest, dass diese Position im Vergleich zum Vorjahr deutlich angestiegen sei. Er beantrage die Reduktion auf den letztjährigen Betrag, die Aufstockung sei in einem separaten Bericht und Antrag dem Stadtparlament zu unterbreiten. Stadträtin Barbara Gysi bestätigte, dass das fragliche Konto stark angestiegen sei. Allerdings handle es sich bei den öffentlichen Spitex-Diensten um eine gesetzlich vorgegebene Aufgabe, die die Stadt wahrnehmen respektive gestützt auf eine Leistungsvereinbarung abgelten müsse. Der Anstieg sei darauf zurückzuführen, dass die Aufenthaltsdauer in den Spitälern stetig sinke und parallel dazu der Bedarf an ambulanter Pflege durch die Spitex steige. Sie spreche sich daher gegen die Reduktion der Position und damit gegen den Antrag aus: Werde der Beitrag nicht erhöht, so fehle am Ende des Jahres Geld für die Pflege. Reto Gehrig, CVP, unterstützte das Votum von Mario Breu: Die Reduktion auf 956'000 Franken und damit auf den Betrag des Voranschlags 2010 biete die Chance, in einer separaten Vorlage die Angelegenheit einmal eingehend zu hinterfragen. Barbara Gysi verwies auf die Rechtsunsicherheit, die sich aus diesem Vorgehen ergebe: So sei nicht klar, zu welchen Abgeltungsansätzen ab Januar 2011 die Spitex-Leistungen erbracht werden. Guido Wick, GRÜNE prowil, und Roman Rutz, EVP, machten der FDP beliebt, den Antrag zurückzuziehen.

*Das Stadtparlament lehnte diesen Antrag grossmehrheitlich ab.*

**Antrag GRÜNE prowil – Konto 177.3185:** Der Betrag «Fluglärmbekämpfung» soll um Fr. 20'000.- auf Fr. 25'000.-erhöht werden.

Eva Noger, GRÜNE prowil, beantragte, den Betrag für die Fluglärmbekämpfung von 5000 auf 25'000 Franken zu erhöhen. Diese Gelder seien für die Unterstützung des Abstimmungskampfes gegen den Ostanflug einzusetzen. Stadtpräsident Bruno Gähwiler unterstrich die Bedeutung des Kampfes gegen den Fluglärm – dieser könne aber nicht von der Stadt Wil alleine, sondern müsse gemeinsam, etwa von der Regio Wil, ausgefochten werden. Er spreche sich daher gegen die Erhöhung aus. Guido Wick, GRÜNE prowil, Christoph Hürsch, CVP, und Norbert Hodel, FDP, unterstrichen die Bedeutung dieses Abstimmungskampfes und der Unterstützung dafür und sprachen sich – auch angesichts der Standortattraktivität der Stadt Wil – für die Erhöhung aus. Markus Hilber, FDP, hingegen bezeichnete die Erhöhung als «Nonsense», weil dieses Geld am falschen Ort investiert sei.

*Das Stadtparlament lehnte diesen Antrag ab.*

**Antrag Christoph Hürsch – Konto 195.3183:** Es sind Fr. 500'000.-- zwecks Absicherung von günstigen Zinssätzen für die Finanzierung Sportpark Bergholz ins Budget einzustellen.

Christoph Hürsch, CVP, beantragte zwecks Absicherung von günstigen Zinssätzen für die Finanzierung des Sportparks Bergholz 500'000 Franken ins Budget einzustellen. Stadtpräsident Bruno Gähwiler begrüßte die Idee grundsätzlich, sie sei aber nicht ganz so einfach umzusetzen: Bevor man anfangs, Zinsen abzusichern, müssten die Zahlungsmodalität und die Zeitpunkte fälliger Beträge bekannt sein. Dieser Zeitplan liege derzeit noch nicht vor. Er spreche sich daher gegen den Antrag aus. Auch Guido Wick, GRÜNE prowil, sprach sich gegen den Antrag Hürsch aus: Es gehe nicht an, dass das Parlament bezüglich der Zinsentwicklung zu spekulieren beginne.

*Das Stadtparlament stimmte diesem Antrag zu.*



Seite 6

**Antrag Norbert Hodel, FDP – Konto 1841.3185 und 3186, Beitrag WUFA und Standortmarketing:** Der Betrag von Fr. 20'000 sei im Konto 3185 WUFA zu streichen und dem Konto 3186 Standortmarketing gutzuschrieben.

*Das Stadtparlament stimmte diesem Antrag grossmehrheitlich zu.*

### Investitionsrechnung Stadt Wil:

**Antrag Mario Schmitt, SVP – Konto 5010.101: Busbeschleunigungsmassnahmen:** Auf die Investition von Fr. 120'000 für Busbeschleunigungsmassnahmen sei zu verzichten. **Antrag FDP – Konto 5010.101, Busbeschleunigungsmassnahmen:** Die Busbeschleunigungsmassnahmen von Fr. 120'000 seien durch separate Vorlage dem Parlament vorzulegen.

Mario Schmitt, SVP, beantragte, auf die Investition von 120'000 Franken für Busbeschleunigungsmassnahmen zu verzichten, da es sich dabei «nur um weitere signaltechnische Behinderungsmassnahmen zulasten des motorisierten Verkehrs» handle. Wenn man die Massnahmen dennoch als sinnvoll erachte, so könne man zumindest die Frage der Finanzierung stellen: Signaltechnische Massnahmen seien doch eher von WilMobil und nicht durch die Stadt zu finanzieren. Stadtrat Marcus Zunzer führte aus, dass die geplanten Massnahmen insbesondere der Verbesserung der Fahrplanstabilität dienen würden. Bezüglich Finanzierung sei es Aufgabe der Stadt, dafür zu sorgen, dass die Fahrbahnen für die Buslinien mit Blick auf die Fahrplanstabilität genügend durchlässig seien. Bruno Egli, FDP, beantragte, die Busbeschleunigungsmassnahmen von 120'000 Franken seien dem Parlament durch separate Vorlage zu unterbreiten.

*Mario Schmitt, SVP, zog seinen Antrag zu Gunsten des FDP-Antrags zurück. Das Stadtparlament lehnte danach den FDP-Antrag ab.*

**Antrag Norbert Hodel, FDP – Konto 162.5810.500, Gemeindestrassen, Planungen (Rahmenkredit):** Die Investitionen von Fr. 110'000 sind zu streichen.

*Das Stadtparlament lehnte diesen Antrag grossmehrheitlich ab.*

**Antrag Norbert Hodel, FDP – Konto 177.5810.500 und 501, Hochbauplanungen/Studien und Stadtplanungen (Rahmenkredite):** Die Investitionen von je Fr. 50'000 seien zu streichen.

*Das Stadtparlament lehnte diesen Antrag grossmehrheitlich ab.*

**Antrag GPK:** Der Betrag von Fr. 150'000 für die Aussensportanlage Lindenhof (Konto 121.5041.106; Sanierung der 400-m-Rundbahn) sei zu streichen.

Stadtrat Marcus Zunzer, Vorsteher Departement Bau, Umwelt und Verkehr, hielt fest, dass die 400-m-Bahn der Aussensportanlage Lindenhof – auch wenn dies nicht auf den ersten Blick erkennbar sei – in einem sehr schlechten Zustand sei. Ohne Massnahmen zum jetzigen Zeitpunkt würden sich weitere Schäden und damit höhere Kosten ergeben. Christoph Hürsch, CVP, griff das Argument auf: Es bestehe ein Handlungsbedarf für die Sanierung der Bahn.

*Das Parlament lehnte diesen Antrag ab.*

**Antrag GPK:** Der Betrag von Fr. 200'000 für die Beschaffung einer mobilen Zuschauertribüne im Stadtsaal (Konto 130.5030.104) sei zu streichen. **Antrag Ruedi Schär, CVP:** Die Beschaffung der mobilen Zuschauertri-



Seite 7

büne im Stadtsaal sei zu verschieben, bis ein Kulturkonzept erstellt und die Bedürfnisse der Kulturschaffenden bekannt sind (Bericht und Antrag an das Stadtparlament).

Stadtpräsident Marcus Zunzer, Vorsteher Departement Bau, Umwelt und Verkehr, hielt fest, dass diese Tribüne einem Bedürfnis entspreche und die Attraktivität des Stadtsaales steigern könne. Ruedi Schär, CVP, sprach sich gegen die Streichung der mobilen Zuschauertribüne aus, machte aber eine Verschiebung auf einen späteren Zeitpunkt beliebt: Die Investition sei zu verschieben, bis ein Kulturkonzept erstellt und die Bedürfnisse der Kulturschaffenden bekannt sind. Dieses Konzept sei dem Parlament mit separatem Bericht und Antrag zu unterbreiten. Stadtpräsident Bruno Gähwiler beantragte, den Antrag Schär zu streichen – der Antrag sei so nicht zulässig und in der Budgetdebatte am falschen Ort. In der Folge zog Ruedi Schär seinen Antrag zurück. Luc Kauf, GRÜNE prowil, kritisierte die beantragte Investition: Eine Gesamtschau zur Zukunft des Stadtsaals, die aufzeige, was in den nächsten Jahren an Bedürfnissen und Kosten zu erwarten sei, wäre notwendig.

*Ruedi Schär zog seinen Antrag zurück. Das Parlament stimmte danach dem Antrag der GPK grossmehrheitlich zu.*

#### **Anträge des Stadtrates:**

1. Für das Jahr 2011 sei die ordentliche Stufenerhöhung nach Art. 33 Personalreglement infolge Überführung sämtlicher Funktionen in eine neue Gehaltstabelle einmalig auszusetzen.

*Das Stadtparlament stimmte diesem Antrag grossmehrheitlich zu.*

2. Die Voranschläge für das Jahr 2011 der Laufenden Rechnung und der Investitionsrechnung der einzelnen Versorgungswerke der Technischen Betriebe Wil seien zu genehmigen.

*Das Stadtparlament stimmte diesem Antrag einstimmig zu.*

3. Der Steuerfuss für das Jahr 2011 sei auf 124 % der Einfachen Steuer festzusetzen.

*Das Stadtparlament stimmte diesem Antrag grossmehrheitlich zu.*

4. Der Grundsteuersatz für das Jahr 2011 sei auf 0,6 Promille festzusetzen.

*Das Stadtparlament stimmte diesem Antrag grossmehrheitlich zu.*

5. Der Voranschlag der Verwaltungsrechnung der Stadt Wil einschliesslich des Alterszentrums Sonnenhof für das Jahr 2011 sei zu genehmigen.

*Das Stadtparlament stimmte diesem Antrag einstimmig zu.*

6. Es sei festzustellen, dass die Beschlüsse Ziffer 2 bis 5 gemäss Art. 9 lit. f Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum unterstehen.

*Das Stadtparlament stimmte diesem Antrag grossmehrheitlich zu.*

Damit hat das Stadtparlament den Voranschlag 2011 der Technischen Betriebe Wil und der Stadt Wil zu Ende beraten und mit einigen kleineren Änderungen ebenso genehmigt wie den vom Stadtrat beantragte Steuerfuss von 124 Prozent.